

Inhaltsverzeichnis

I. Einführung	1
II. Der Verwaltungsrechtsweg	3
1. Das Vorliegen einer öffentlich-rechtlichen Streitigkeit i. S. des § 40 VwGO	3
a) Die Abgrenzung von öffentlich-rechtlichen und privat-rechtlichen Streitigkeiten	4
b) Kirchliche Streitigkeiten	15
2. Streitigkeiten nichtverfassungsrechtlicher Art	16
3. Abdrängende Sonderzuweisungen	20
4. Rechtsweg kraft Sachzusammenhangs	24
5. Der Umfang der Verweisung gem. § 17a Abs. 2 GVG	27
III. Die Anfechtungsklage	30
1. Die Abgrenzung der Rechtsschutzzone der Anfechtungs- klage von anderen Klagearten	30
a) Konkurrentenklagen	30
b) Die isolierte Anfechtungsklage	38
c) Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen	40
d) Sonstige Abgrenzungsprobleme	48
2. Der Gegenstand der Anfechtungsklage	49
a) Der Verwaltungsakt als Gegenstand der Anfechtungs- klage	49
b) Die Nichterledigung des angefochtenen Verwaltungsakts	74
3. Die Prozessvertretung	75
4. Die Klagebefugnis	76
a) Die Klagebefugnis bei Nachbarklagen	77
b) Klagebefugnis bei gestuften Verwaltungsverfahren ...	86
c) Sonstige Fälle des Drittschutzes	92
d) Klagebefugnis bei Konkurrentenklagen	94

e) Klagebefugnis und Gemeinschaftsrecht	97
f) Klagebefugnis und Verbandsklage	100
5. Die Prozessführungsbefugnis	102
6. Fehlende Rechtshängigkeit bzw. Rechtskraft	103
7. Die Durchführung des Widerspruchsverfahrens	108
a) Der Anwendungsbereich des Vorverfahrens	108
b) Entbehrlichkeit eines prinzipiell gesetzlich vorgeschriebenen Vorverfahrens	109
c) Die Einlegung des Widerspruchs und seine Rücknehmbarkeit	110
d) Die Widerspruchsfrist	111
e) Der maßgebliche Zeitpunkt für die Widerspruchsentscheidung	112
f) Kein Verbot der <i>reformatio in peius</i>	114
8. Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen, insbesondere Rechtsschutzbedürfnis und Klagefristen	116
a) Rechtsschutzbedürfnis	116
b) Die Klagefrist	116
9. Die gerichtliche Kontrolle von Ermessensentscheidungen	118
a) Allgemeines	118
b) Gerichtlich überprüfbare Ermessensfehler	120
10. Die gerichtliche Kontrolle in Bezug auf unbestimmte Rechtsbegriffe mit Beurteilungsspielraum	124
11. Maßgeblicher Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung des angefochtenen Verwaltungsakts	126
12. Das Nachschieben von Gründen und die Umdeutung von Verwaltungsakten	132
13. Der Untersuchungsgrundsatz	135
a) Die Pflicht zur Aufklärung des entscheidungsrelevanten Sachverhalts	135
b) Das „in-camera“-Verfahren	136
14. Die Aufhebung des Verwaltungsakts	139
IV. Die Verpflichtungsklage	142
1. Der Gegenstand der Verpflichtungsklage	142
a) Der begehrte Verwaltungsakt	142
b) Bescheidungsklage und Bescheidungsurteil	143
c) Die Klage auf Erlass eines Widerspruchsbescheids ...	146

d) Die Abgrenzung der Rechtsschutzzone der Verpflichtungsklage von anderen Klagearten	146
2. Das Rechtsschutzbedürfnis für eine Verpflichtungsklage	147
3. Die Rechtskraft der aufgrund einer Verpflichtungs- klage ergehenden Entscheidung und ihre Folgen	148
4. Die Durchführung des Vorverfahrens	150
5. Die Klagefrist	151
6. Der maßgebliche Zeitpunkt für die Entscheidung	152
 V. Die Fortsetzungsfeststellungsklage	 153
1. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 Satz 4 VwGO .	153
a) Analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 Satz 4 VwGO bei Erledigung vor Klageerhebung	153
b) Analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 Satz 4 VwGO bei Ausschluss des Aufhebungsanspruchs trotz subjektiver Rechtsverletzung des Klägers	154
c) Analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 Satz 4 VwGO bei Fortfall eines Anspruchs auf Erlass eines Verwaltungsakts	156
d) Keine analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 Satz 4 VwGV in Bezug auf erledigtes sonstiges hoheitliches Handeln	157
2. Die Geltung der Zulässigkeitsvoraussetzungen der Anfechtungsklage für die Fortsetzungsfeststellungsklage	157
3. Das berechtigte Interesse an der Feststellung	158
 VI. Die allgemeine Leistungsklage	 161
1. Der Gegenstand einer allgemeinen Leistungsklage	161
2. Die Zulässigkeit einer vorbeugenden Unterlassungs- klage gegenüber drohenden Verwaltungsakten	162
 VII. Die allgemeine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	 163
1. Das Rechtsverhältnis als Gegenstand der Feststellungsklage	163
2. Die Beteiligten des Rechtsverhältnisses	165
3. Die zeitliche Dimension des Rechtsverhältnisses	166

4. Rechtsschutz durch Feststellungsklage bei normativem Unrecht	167
5. Die Feststellung der Nichtigkeit eines Verwaltungsakts .	172
6. Die Subsidiarität der Feststellungsklage	173
7. Das berechtigte Interesse	176
VIII. Der Erledigungsrechtsstreit	178
IX. Die oberverwaltungsgerichtliche Normenkontrolle ...	180
1. Allgemeines	180
2. Der Gegenstand des Normenkontrollverfahrens	181
3. Antragsbefugnis, Antragsgegner, Beiladung und Antragsfrist	187
a) Die Antragsbefugnis	187
b) Antragsgegner	194
c) Beiladung	195
d) Die Antragsfrist	196
4. Das Rechtsschutzbedürfnis	197
5. Keine entgegenstehende Rechtskraft	199
6. Der Prüfungsmaßstab einer Normenkontrolle	200
7. Der Inhalt der Entscheidung	201
X. Der vorläufige Rechtsschutz gem. §§ 80 ff. VwGO	203
1. Der Eintritt der aufschiebenden Wirkung	203
a) Die durch den Suspensiveffekt erfassten Verwaltungsakte	203
b) Die Zulässigkeit von Widerspruch bzw. Anfechtungsklage als Voraussetzung für den Eintritt der aufschiebenden Wirkung	206
c) Das Wesen der aufschiebenden Wirkung	207
d) Das Ende des Suspensiveffekts	207
2. Die sofortige Vollziehbarkeit des Verwaltungsakts	209
a) Gesetzlich angeordnete Fälle der sofortigen Vollziehbarkeit	209
b) Die Vollziehungsanordnung gem. § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 VwGO	210
3. Die gerichtliche Aussetzung der Vollziehung des Verwaltungsakts	213

a) Die Statthaftigkeit eines Antrags gem. §§ 80 Abs. 5, 80a Abs. 3 VwGO	213
b) Die Zulässigkeit eines Antrags gem. §§ 80 Abs. 5, 80a Abs. 3 VwGO vor Einlegung eines Widerspruchs	215
c) Das Erfordernis der Antragsbefugnis sowie die Befristung des Antrags	216
d) Grundsätzlich keine vorherige erfolgreiche Durchführung eines behördlichen Aussetzungsverfahrens erforderlich	216
e) Die passive Prozessführungsbefugnis	218
f) Das Rechtsschutzbedürfnis	219
g) Die Begründetheit des Aussetzungsantrags	220
h) Die Bindungswirkung einer Entscheidung und ihre Abänderbarkeit gem. § 80 Abs. 7 VwGO	233
4. Rechtsschutz bei faktischer Vollziehung eines Verwaltungsakts	236
a) Feststellung der aufschiebenden Wirkung analog § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO	236
b) Die Zulässigkeit einer Untersagung der faktischen Vollziehung des Verwaltungsakts	236
5. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung	237
XI. Die einstweilige Anordnung gem. § 123 VwGO	240
1. Sicherungs- und Regelungsanordnung	240
2. Die Zulässigkeit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gem. § 123 VwGO	240
a) Die Statthaftigkeit einer einstweiligen Anordnung ...	240
b) Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	243
3. Die Begründetheit eines Antrags gem. § 123 VwGO	245
a) Der Anordnungsanspruch	246
b) Der Anordnungsgrund	249
4. Die Pflicht zum Erlass der einstweiligen Anordnung und ihr Inhalt	250
5. Die Änderbarkeit der gerichtlichen Entscheidung	251
6. Einstweilige Anordnungen beim Verstoß formeller Gesetze gegen höherrangiges Recht	252

XII. Die einstweilige Anordnung gem. § 47 Abs. 6 VwGO .	254
1. Die Zulässigkeit eines Antrags	256
2. Die Begründetheit eines Antrags	256
3. Der Inhalt der einstweiligen Anordnung	258
4. Die Folgen des Erlasses einer einstweiligen Anordnung	259
Register	261